Das Ende der Gummistiefel-Brigaden

Faz, 21.02.02

Der vielgerühmte Beschäftigungsbetrieb der Stadt Leipzig wird zerschlagen / Von Nicola Dickmann

LEIPZIG, 20. Februar. Noch im Jahr 1998 war er mit 8000 Beschäftigten der größte Betrieb Sachsens und ein Vorzeigemodell für die ganze Bundesrepublik: Tausende von Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern fanden bei ihm eine Beschäftigung. Sie entrümpelten Parks, sanierten Bauruinen und entschlammten als Gegenleistung für die vom Staat gezahlte Sozialhilfe die Teiche in den öffentlichen Grünanlagen. Nun wird das einstige Lieblingsprojekt von der Stadt Leipzig zerschlagen: Der Betrieb für Beschäftigungsförderung (BfB) wird auf 830 Beschäftigte zurückgestutzt, viele seiner Aufgaben an andere Institutionen verteilt, das Betriebsvermögen an die Stadt zurückübertragen.

Für Matthias von Hermanni ist die von der Stadt getroffene Entscheidung völlig unverständlich. Von den Anfängen im Jahr 1992 bis zum Herbst 1999 lagen die Geschikke des Betriebs in seiner Hand. Dann geriet er unter Verdacht, einen Teil der öffentlichen Mittel veruntreut und im Gegenzug Vorteile für den Bau seines Eigenheims erlangt zu haben. Er wurde in Untersuchungshaft genommen und vom Dienst suspendiert, der Prozeß gegen ihn läuft noch immer. Hermanni selbst hält sich für unschuldig und sieht sich als Opfer von Intrigen, die den „Herrscher der Gummistiefel-Brigaden" entmachten sollten. Stünde er heute noch an der Spitze des Unternehmens, würde alles weiterhin funktionieren, ist der 47 Jahre alte Beamte überzeugt.

Das sieht Detlev Schubert, der Beigeordnete der Stadt Leipzig für Wirtschaft und Arbeit, anders: „Der BfB war in dieser Form einfach nicht mehr zu finanzieren", sagt er. So gewandt Hermanni auch mit den öffentlichen Geldern aus verschiedenen Quellen jongliert habe, in die Niederungen der betriebswirtschaftlichen Rechnungslegung habe er sich in seiner „Gutsherrenart" nicht begeben. Intern wurde im BfB keinerlei Kostenrechnung etabliert, Abschreibungen wurden trotz eines Immobilienvermögens von 20 Millionen Euro und eines Anlagevermögens von 28 Millionen Euro schlicht ignoriert. Die Stadt mußte dem Betrieb im vergangenen Jahr einen Kredit von 15 Millionen Euro gewähren, um die nach dem Ende der Ära Hermanni aufgetauchten Finanzlöcher zu stopfen. „Hermannis Ansatz war ja nicht schlecht, aber er funktioniert nur, wenn man ständig neues Geld in das Unternehmen reinpumpt", sagt Schubert. Heute flössen die Subventionen nicht mehr so üppig, zudem habe sich die Gesetzeslage für die Vergabe der Mittel geändert.

Der Leipziger Oberbürgermeister Wolfgang Tiefensee wehrt sich auch gegen den Eindruck, die Stadt würde sich nun nicht mehr um ihre 70 000 Arbeitslosen kümmern. „Im Gegenteil, wir wollen den Menschen individueller helfen", sagt er. „Was uns allerdings fehlt, sind Stellen in der freien Wirtschaft, da hat der Osten immer noch nicht aufgeholt." Durch Kooperation mit Unternehmen sollen die Arbeitslosen nun höhere Chancen erhalten, wieder in den ersten Arbeitsmarkt zu wechseln. Hermanni hält das für eine Utopie. „Glaubt doch ja nicht, daß Ihr je wieder Arbeit in einem normalen Unternehmen findet", rief er vor vier Jahren den Hunderten von Arbeitssuchenden zu, die jeden Morgen in den Räumen des BfB zusammenkamen. Die Betroffenen nahmen ihm seine direkte Art keineswegs übel und stehen noch heute bedingungslos hinter ihm.

In den neunziger Jahren hatte auch die Stadt kräftig vom System BfB profitiert: Nicht nur vom sozialen Frieden, der in den schwierigen Nach-Wende-Jahren trotz der immens hohen Arbeitslosigkeit herrschte, auch finanziell: Wer die Arbeit verweigerte, dem konnte man die Sozialhilfe kürzen. Etwa ein Drittel der Antragssteller erschien ohnehin gar nicht mehr beim Sozialamt, nachdem die Arbeitsaufforderung zugestellt worden war. Die anderen Sozialhilfeempfänger erwarben sich mit dem Festvertrag über ein Jahr Vollzeitarbeit beim BfB wieder ein Anrecht auf Arbeitslosenhilfe - die nicht die Stadt sondern die Bun desanstalt für Arbeit in Nürnberg bezahlt. So schoß die Stadt dem BfB zwar im Jahr etwa 6 Millionen Euro zu, die Ausgaben für Sozialhilfe lagen aber beispielsweise 1998 bei lediglich 65 Millionen Euro, während für 2002 bei leicht gestiegener Zahl der Arbeitslosen 90 Millionen Euro erwartet werden.

Die in Leipzig derzeit heiß diskutierte Frage der Kosten ist für den ehemaligen BfB-Chef indes völlig nebensächlich. Für ihn rechtfertigt sich das ganze Modell rein aus gesellschaftspolitischer Sicht: „Will man die Arbeitslosen in der Gesellschaft halten, oder will man sie hinausdrängen?", fragt Hermanni. Im BfB habe man den Menschen ihr Selbstwertgefühl erhalten, gleichzeitig die Schwarzarbeit unterbunden und Werte für die Gesellschaft geschaffen. Dafür suchte der CDU-Politiker immer neue Aufgaben für den Betrieb, der zu einer „Stadt in der Stadt" heranwuchs. Die einzelnen Zweige arbeiteten in einer Art Kreislaufwirtschaft füreinander, um bei den immer knappen Zuschüssen zu Sachkosten und Betriebsmitteln möglichst viele Arbeitskräfte zu beschäftigen. Eine eigene Druckerei lieferte beispielsweise die intern benötigten Vorlagen, beim Bauabriß wurden Rohstoffe sortiert und an anderer Stelle weiterverwertet.

Doch genau damit geriet Hermanni in Konflikt mit dem ersten Arbeitsmarkt, vor allem den Handwerkskammern. Bestes Beispiel ist das Stadtgut Mölkau, das der BfB aus einer verfallenen Ruine zu einem schmucken Biohof mit gelbgetünchten Wänden und vorbildlich sauberen Stallungen verwandelt hat. Die Handwerkskammern monieren nicht nur, daß genau diese Arbeiten auch von den schwergebeutelten Baubetrieben hätten erledigt werden können, sondern daß das fertiggestellte Hofgut bis heute weiter unter der Regie des BfB läuft: Arbeitslose Köche bewirtschaften das Restaurant, gescheiterte Firmeninhaber verkaufen im Hofladen Bioprodukte - alles Arbeiten, die in Konflikt mit Angeboten von privaten Unternehmen geraten.